

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 3. April 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Lebensanzeigen 20 Pf. die fünfgehaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 35

Der Parteikrieg und die Gewerkschaften

I.

Die Pflicht der Stunde zwingt einmal, in allen Kapiteln zu blättern und allen, die gegenwärtig wider die Gewerkschaften anrennen und namenslich gegen ihre Führer alle Mienen springen lassen, energisch zuzurufen: Hände weg von den Gewerkschaften!

Wenn der Schluss des Jahres 1917 behandelten wir in einer vorwiegend politisch gehaltenen Artikelserie („Im Spiegel der Erscheinungen und Ereignisse“) auch eingehend die russische Revolution und gaben mit einer kurzen Betrachtung über den damals noch günstigen Lauf der Dinge in der Welt die besten erörterten Friedensbewegung einen hoffnungsvollen Ausblick. Aber den Begriff Revolution wurde eine Anzahl von Thesen wiedergegeben und „die Revolution als Notwehr des Volkes“ von uns akzeptiert. Lenin und Trotski fanden Anerkennung, weil sie für die russische Novemberrevolution 1917 den Frieden zum Mittelpunkt machten, im Gegensatz zu Kerenski, der durch seinen Anschluss an die Entente den Krieg im Osten nutzlos für das russische Volk von neuem aufflammern ließ. Zu der Diktatur des Proletariats stellten wir uns ablehnend und betonten die Notwendigkeit der Demokratie, die der Durchführung der Revolution nicht so große Gefahren bereitet, vor allem ihr Tempo beschleunigt. Denn wahre Demokratie soll Volksgewalt sein, während Parteibeherrschung eine andre Ausgabe der verhassten Klassenbeherrschung ist.

Als, äußerlich mit dem 5. Oktober beginnend, in Deutschland die grundsätzliche Veränderung der Dinge ihren Anfang nahm, zogen wir sofort die daraus entspringende Bedeutung für die Gewerkschaften in Berücksichtigung, dem reaktionären System Herrling nun nach den dagegen vorausgegangenen Attacken aus liebevollem Herzen einen kräftigen Schlüssel erteilend. Das Wort von Wilhelm Liebknecht: „Jede Regierung, unter der eine Revolution stattfinden soll, ist um deswillen eine schlechte Regierung“, hat jedenfalls für Deutschland seine Bestätigung gefunden; mit Herrling, der dem auch Napoleon in den Schaffern stehenden Diktator Ludendorff vollends ergeben war, wurde das Maß zum Überlaufen gebracht. Die dann bald folgende Revolution wurde von uns rückhaltlos gefeiert, den Arbeitern und Soldatenräten freundschaftliche Stellungnahme bezeugt und von unsern Kollegen Befehligung daran gewünscht, zur Fortarbeit an der Revolution allgemein aufzufordern, das vom Volksweltismus gegebene Beispiel aber weiter abgelehnt, vielmehr erklärte: „Diktatur ist nur im ersten Augenblick unvermeidlich, dann aber muß es nach den Gelehen der Demokratie gehen. Sozialismus ohne Demokratie ist ein Non-sens!“ Von dieser Beurteilung des großen Geschehens ist der „Korr.“ im weitern nicht abgewichen, wenn auch mancher Vorgang nicht ohne Widerspruch unsererseits hingenommen werden konnte. Dieser kritischen Notwendigkeit wurde aber keineswegs Zug um Zug genügt, vielmehr eine Zurückhaltung beobachtet, die zur Verhärterung des in der Arbeiterchaft entseffelten Streites gewiß nicht beigetragen hat.

Diese Voraussetzungen werden nicht gemacht, um einem oder allen Gelehrten — auch hier hat die Entwicklung leider der „Einfeltigkeit“ abgeholfen — Reverenz zu bezeugen, sondern um der für Tatsachen und Wahrheiten jetzt wenig zugänglichen Umwelt zu einer kleinen Gedächtnisstützung zu verhelfen. Es ist dann jedermanns eigne Sache, zu dem logischen Schlusse zu gelangen, daß er durch das Mitlaufen bei der Mobilmachung gegen die Gewerkschaften sich eigentlich selbst attackiert. Denn wenn das alles wahr sein sollte, was man über die Erstarrung der Gewerkschaften in Versammlungen zu hören und in Arbeiterblättern zu lesen bekommt, Behauptungen vernimmt, wie in der Betratsung des Metallarbeiterverbandes Mitte März, daß das Vertrauen zu den Gewerkschaften erschüttert sei, die Gewerkschaften würden sich auflösen, die Einheitsorganisation müsse kommen, und poli-

tische Parteien sich auf förmliche Programme einigen, wie die Gewerkschaften nach ihrer Weise zu tunen haben, dazu die planmäßige, mit allen Mitteln arbeitende Verleugung der Gewerkschaftsführer und angestellten als Arbeiterverräter, was schon eine Abjügerel mit Maschinenbetrieb in die Erscheinung gerufen hat, dann müßten ja die Mitglieder der Gewerkschaften bejammernswerte Geschöpfe von Blindheit und Beschränktheit sein, daß sie gar nichts davon gemerkt haben. Es wäre das traurigste Zeichen für ihr Beurteilungsvermögen. Diejenigen, die während der langen Kriegszeit nach Erhalt ihres Verbandsorgans oftmals im Geiste denen dabei die Hand gedrückt haben oder in Zuschriften Freude und Anerkennung bekundeten, daß die Organisation sich aller Schwierigkeiten gewachsen zeigt und sich in guten Händen befindet — auch wir besitzen eine händestärke Sammlung davon —, zurückgekehrt sich aber von der systematischen Verleugung gekennzeichneten Art befangen nehmen lassen, in Versammlungen wohl gar die lauteften Ruler und Richter sind, sie müßten denn doch einmal darüber reflektieren, was von ihrer Zweifrontenstellungnahme zu halten ist. Für die Reife der Masse sind das gar schlechte Zeugnisse.

Auch wir müssen angefangs dieser Dinge im allgemeinen und einiger Vorkommnisse bei uns im besondern aus unsrer parteipolitischen Neutralität jetzt herausretren und schlummeren weichen. Zu einer Artikelserie durch 21 Nummern wie mit Herrlingers Abhandlung über „Gewerkschaftliche Neutralität“ im Jahre 1908, eine trotz mancher Abertreibungen noch lesenswerte Arbeit, wird es nicht kommen, weil die Fultersippe mit dem Papier zu leer ist. Auch hat ein jeder an der Verbandsgeschichte gute Gelegenheit, aus dem größeren einleitenden Kapitel „Die berufliche Organisation zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen“ die Erkenntnis zu gewinnen, daß die geringfügige Bewertung der Tätigkeit der Gewerkschaften als Kleinarbeit den Tatsachen absolut nicht entspricht, daß es sich vielmehr um eminente Kulturarbeit von weitesten Auswirkungen handelt, die deren eine das glatte Gelingen der politischen Revolution im November wohl auch anzusehen ist.

II.

Wenn die Schwierigkeit der wirtschaftlichen Revolution jetzt offenkundiger wird, so entspricht das der alten Behauptung der beruflichen Vertreter des Sozialismus. Diese, wir nennen von Lebenden einstellten nur Kautskis und Bernsteins, wissen auch, was in einem zwar hochentwickelten, von den Kriegsnachwirkungen aber zu Boden gedrückt und vom Hunger zerwühlten Lande der Abgang zur sozialistischen Wirtschaft bedeutet. Die Verstaatlichung usw. ist das Leichtere, die in allem sozialistische Regelung der Produktion und ihre Verteilung aber das ungeheure Schwere dabei. Daß selbst Organe der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in ruhigen Stunden der besseren Einsicht die Ehre geben, hat man auch in solchen der zweiten Garnitur finden können, wie „Bremer Bürgerzeitung“ und „Halleches Volksblatt“, die für die Verwirklichung des Sozialismus oder Kommunismus die Internationalität zur Voraussetzung machten oder das Ideal noch in jahrzehntelanger Ferne haben. Daß in Falle a. d. G. dann vier Wochen später für den Sozialismus generallstreikt wurde und das „Volksblatt“ mit Feuerer der Sache führte, muß denkende Arbeiter stuhig machen. Wenn in Leipzig anschließend ein „Generallstreik für den Sozialismus“ (siehe „Leipziger Volkszeitung“) folgte, der als Redakteur an der „L. V.“ tätige (nummehr gewesene) Vorhänge des Arbeiters und Soldatenrats dann dem förmlichen Dauerkreis ein Ende machen wollte und auf einer großen Tagung erklärte, mit einem Generallstreik könne man den Sozialismus doch gar nicht herbeiführen, so ist das auch so eine köstliche Episode des Widerspruchs, die allerdings für die darbenenden Leipziger Zeitgenossen sehr ernste Bedeutung hatte. Solcher Streikschlechter aus dem chaotischen Gewir unserer Tage können wir eine ganze Menge führen. In ihnen wörtlichen Fälschungen würden sie einfach verblüffend wirken für alle, die bewußt oder unbewußt seit Wochen und Monaten gegen die rückstän-

digen Gewerkschaftsführer loszogen, sie Bremshölzer nennen und mit ärgeren Titulaturen bedenken.

Wir verstehen es durchaus und empfinden es ja mit, daß in die hungerigen Magen vor allen Dingen Suppenlogik mit Süßdelgründen Eingang finden, auch Argumente von Rinderbraten, begleitet von Göttinger Wirkstaten (Heinrich Heine), und Napoleon I. hatte schon recht mit seiner Meinung, daß alle Revolutionen aus dem Magen kommen. Damit kann jedoch nicht alles erklärt oder entschuldigt werden, was in den deutschen Gauen vor sich geht. Die Tatsache, daß drei sozialdemokratische Parteien — ohne die einzelnen Richtungen innerhalb dieser und kleine Nebengebilde! — die Revolution weiterführen wollen und das Heil des Sozialismus ausrufen, ist das Elend der deutschen Revolution! Generallstreik, Bürgerstreik, Arbeitstreik, Beamtenstreik, Lehrerstreik, Offiziersstreik, Agrarierstreik — es geht im tollen Gehenhand. Die Bergarbeiter, vor dem Sirlege die streikschweifen, schlecht organisierten Arbeiter, kommen gar nicht mehr aus der Feuerstellung heraus, parlamentarisch-syndikalistische Sonderorganisationen vermehren das schon Zuviel von Gewerkschaftsrichtungen dort und die ehemaligen Gelben sind oft die Stoßtrupp. Die Ritter der Couponherrscher aber werden nicht allzuehr in Mitleidenschaft gezogen. Die ganz schweren Schloßhüter geben sogar für unsinnige Lohnforderungen das anreizendste Beispiel — die Regierung muß durch Faust-ausschlagen erst wieder lebend gemacht werden! — und gefährden unsern Lebensmittelaustausch, wie das durch das Streikheer unter den Bergleuten auch geschieht. Die Arbeiter- und sonstigen kleinen Leute aber ädzen und stöhnen unter dem Generallstreikdruck wie dem Preis- und Steuerheftern Infolgeheftern. Man frage einmal nach unter den Leipziger Arbeitern, wie das fast dreiwöchige völlige Entbehren von Gas, das Ausgehen der Kohle und das zwölfstägige Entbehren des Eisenbahns, Straßenbahn- und Postverkehrs, dazu der große Lohnausfall, generalstreikbegeistert und gesundheitsfördernd gewirkt haben! Nicht selten auch noch eine freundliche „Auforderung zum Tanz!“ Die Generallstreikräse (lies: Macher) könnten über ihre Wunderkuren an unserm Wirtschaftsleben auch hinaus-telegraphieren: Operation glücklich verlaufen — Patient tot!

Die ökonomische Revolution hat viele Schädiger; die ärgsten in den Irsvollen Schwerindustriellen und in den Spartakusmännern. Gleitanknadrillen im Porzellanladen führen sie auf. Die Konkurrenz im Radikalismus zwingt die anern Parteien dann, es ebenso zu machen. Welt da aber beträchtliche Unterschiede unausbleiblich sind, geht nur der unselbige Krieg unter den politischen Arbeiterparteien mit buchstäblich allen Mitteln. „Proletarier, veruneinigt euch!“ ist die moderne Parole geworden und „Arbeiter, schließt euch tot!“ ihr gräßlicher Kulminationspunkt. Sgnas Auer würde überhaupt nichts mehr sagen, als immer sein geflügeltes Wort „Das hält ja kein Vieh aus!“ wiederholen. Der Turmbau von Babel ist da.

Wenn Ernst Däumig vor elflichen Wochen der Spartakisten Glaubenssatz „Alle Macht den Arbeitern und Soldatenräten“ eine Zauberformel von der Art nannte, womit nichts Rechtes anzulangen ist, der ebenfalls unabhängige Heinrich Ströbel aber ganz kürzlich erst die starke, von Däumig lebhaft geförderte Propaganda für das Rätesystem als Psychose, also krankhaften Zustand, bezeichnete, das unabhängige Organ von Plauen (Vogl.) vor 14 Tagen proletarische Revolution, Rätesystem und Diktatur des Proletariats als programmatische Notwendigkeiten feierte, ein paar Tage später jedoch der uneingeschränkten Rätediktatur erhebliche Bedenken in der rauhen Wirklichkeit vorauslagte und noch die Frage aufwarf, ob denn das Proletariat dieser ganzen Diktatur überhaupt bedarf, so kann man von Leuten, die organisierte schon etwas vor sich gebracht haben, doch nicht verlangen, daß sie sich in Stücke reißen, um allen unklaren Ideen der jeweiligen Tageskonjunktur sich sofort anzupassen. In der Rätedrage selbst lassen die Gewerkschaften sehr wohl mit sich reden (was im Leitartikel von Nr. 33 unsererseits zu erkennen gegeben wurde), wenn man sich nicht auf den ganz falschen Standpunkt stellt, die Gewerkschaften würden

durch das Rästelystem überflüssig. Sie sind ja auch nicht Generalfreikörper unter allen Umständen, sondern wollen nur einen einleuchtenden Zweck dafür, nicht unanfechtbar, wolle erst nach Ausbruch Formulierungen der Forderungen; wollen auch nicht aller paar Wochen auf Wessungen aus unbekanntem Regionen generalfreiken, hoffen den Terror und verabscheuen Straßenträgern. Ist das etwa rüchständig? Nein, es ist der Standpunkt, der in Wirklichkeit von der übergroßen Mehrheit der Arbeiterschaft in allen Parteilagern geteilt wird! Das Friedrich Engels den Satz aufgestellt hat: „Die demokratische Republik ist die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats“, ist in seiner Beschaffenheit bemerkenswert, denn in unserer Zeit sozialistischer Tageskonjunktur schreiben kleine und kleinste Meister mit achsellosem Geräch über die Gräber unserer großen Toten hinweg. Zwischen Zeiterfordernissen und zeitlicher Anarchie ist doch zu unterscheiden! Den ersteren werden sich auch die Gewerkschaften nicht verschließen, der Verrücktheit unserer Tage müssen sie sich entgegenstellen.

Das der doch meistens künstlich gelenkte Massenwille bereits zur Tragödie des auch nicht ganz vernünftigen Kommunismus schon erscheinenden Massenwahnsinn wird, zeigen die Dinge bei den Bergleuten im Westen in grellem Scheine. Gegen den ausgesprochenen Willen der Bergarbeiterorganisationen vollziehen sie sich, das wirtschaftliche Leben verwüstend und die Kohle beträchtlich über die amerikanischen Preise verteuert. In Stuttgart ist gegen den Willen der Mehrheitssozialisten ein politischer Generalfreik ausgebrochen. In Berlin züngeln die Flammen eines neuen Brandes, und in Leipzig hat mit der Einsetzung einer mit außerordentlichen Vollmachten versehenen Fünfmännerherrschaft im Arbeiter- und Soldatenrat und dem 27jährigen Fanaliker Dr. Geyer an der Spitze eine „recht verheißungsvolle“ Periode begonnen. Wären die Leipziger wirklich die reife Masse, dann müßten sie an dem vor dem Vorhange sich abspielenden — was mag erst hinter ihm vorgehen! — Streite des während des Generalfreiks in Leipzig ausgeschliffenen überradikalen Vorstehenden des U. und S. Rates, Geyer, mit seinem Redaktionskollegen und Amtsnachfolger Dr. Geyer, die sich coram publico als verbürgerlich bzw. revolutionäre Verschwörer einschätzen, denn doch merken, daß auch ihren revolutionärsten Preisgebern die Luft ausgehen muß. Aber man kaumelt dahin und spottet aller Erfahrungen der Organisation. Das Beispiel von dem stark industriellen Magdeburg, wo in den verflochten Wochen auch die Unabhängigen zweimal den von den Spartakisten geforderten Generalfreik ablehnten, ist selten.

III.

Für den elenden Parteikrieg zwischen Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten die Seche zu bezahlen, müssen die Gewerkschaften entschieden ablehnen. Da dem Endpunkte vorbeugend ist ein aktives Kessel-treiben gegen die Gewerkschaften von den Parteien der Unabhängigen und der Kommunisten als geeignet beunden wird, so sei den „Bringern und Erballern der Revolution“, die zu einem erheblichen Teil ihre Totengräber werden können, während wir ihre organisch aufbauenden Fortführer sein wollen und gegen eine Kontrevolution die energischsten Revolutionsverteidiger sein werden, erklärt, daß die Abwehr nach dem Grundsatz: Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns! geführt werden muß, was aber keine Aushebung der parteipolitischen Neutralität bedeutet. In dem alten Streite „Partei und Gewerkschaft“, „Massen und Führer“ sowie in dem Kampfe um die Selbständigkeit der Gewerkschaften ist unsere Seite früher nicht erfolglos gewesen, sie wird auch nun zu stehen wissen. Das Abwürgen auf der andern Seite ist ein guter Keller dabei; denn selbst der blinde Hödr vermag mit der Zeit zwischen Revolutionshelden und Revolutionsgewinnlern zu unterscheiden. Man muß sich aber wundern, mit welchem Optimismus die Vorstandskongresse im Februar noch das heraufziehende Verderben beurteilte und hat den Eindruck, als hätten die Generalkommissionen, das „Korrespondenzblatt“, eilige Verbandsleitungen wie Gewerkschaftsblätter gerade kein Plus von Aufklärung und Entschiedenheit über die neuen Kämpfe gegen die Gewerkschaften aufzuweisen, bei denen doch tatsächlich mehr auf dem Spiele steht als vor Jahren und Jahrzehnten.

Probleme der Sozialisierung in Theorie und Praxis

Möglichkeiten und Tempo der Sozialisierung

Sofortige Sozialisierung und Vollsozialisierung, diese Worte schwirren uns heute nur so um die Ohren. In Verfammlungen und Druckschriften begegnen wir ihnen, und ein jeder denkt sich dabei etwas, was ihm beliebt. Die Worte sind bei einem Teile der Arbeiterschaft geradezu zum Fetisch geworden, und zum Schlagwort herabgewürdigt, dienen sie leider häufig nur allzu durchsichtigen Parteilagern. Von der Sozialisierung, dem zweiten, nicht leichteren Teile der Revolution, werden vielfach

Wunderdinge erwartet, die uns möglichst in das Schlafrassenleben hineinzuführen geeignet sein möchten. Die „wilden“ Sozialisierungsversuche im Ruhrgebiet und in Bremen haben allerdings gelehrt, daß auf Ding Weile haben will und auch die Umwandlung der wirtschaftlichen Ordnung an bestimmte Voraussetzungen gebunden ist.

Es ist durchaus verständlich, daß nun, einige Monate nach der politischen Umwälzung in Deutschland, die Arbeitererschaft Ausschau hält nach den ersten Zeichen des kommenden Neuen auch in unserm Wirtschaftsleben. Von der Notwendigkeit seiner Umgestaltung nach sozialistischen Grundzügen ist die Arbeiterschaft überzeugt. Und wenn man den Äußerungen bürgerlicher Demokraten Glauben schenken will, sind selbst diese Streife mit einer „gewissen“ Sozialisierung einverstanden. Den klärrischen, drängenden Ereignissen der ersten Revolutionsstage im November folgten nun erst langsam, wohlbedacht, die ersten Schritte, dem Kapitalismus den Garau zu machen.

Vielen, denen noch die schönen Verheißungen von der „Isorartigen“ und „vollen“ Sozialisierung aus den Wahlversammlungen in den Ohren klingen, geht das alles zu langsam. Sie können den Unterschied der doppelten Aufgabe der Revolution nicht erkennen und meinen, der Kapitalismus sei ebenso schnell zu zertrümmern als die Organisation des kapitalistischen Staates. Sie übersehen dabei, daß auch die sozialistische Gesellschaft ihre organische Entwicklung durchmachen muß, wie auch der Kapitalismus sich aus seinen Anfängen in verflochtenen Jahrhunderten entwickelte. Wir werden uns wohl damit abzufinden haben, daß noch, für vielleicht absehbare Zeit, neben der sozialistischen Wirtschaft auch die kapitalistische sich behauptet. Eine Vollsozialisierung in dem Sinne, daß nun schon und möglichst „Isor“ jede kapitalistische Wirtschaftsform verschwindet und abgelöst werden kann, ist nicht zu erwarten.

Wer sich trotz aller zu befehlenden Bemühnisse dem Glauben an eine solche Isorartige Sozialisierung hingibt, wird naturgemäß noch schwere Enttäuschungen erleben. Er wird allen mit den untauglichsten Mitteln betriebenen Drängen des Spartakisten wird auch die Entwicklung zum sozialistischen Wirtschaftsstaate keine Sprunghöhe sein. Würde sie künstlich dahin getrieben, könnten Rückschläge zum erheblichen Nachteile der Sache nicht ausbleiben. Es darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß die Durchführung der sozialistischen Produktions- und Verteilungswirtschaft wesentlich beeinträchtigt sein wird vom Friedensschlusse. Dieser, wohl eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands, kann uns erst einmal instand setzen, auch den Weg zur Sozialisierung endgültig Richtung und Ziel zu geben. Erst wenn wir wissen, inwieweit uns die Beschädigung des Auslandsmarktes danach möglich ist, werden wir eine „Vollsozialisierung“ in Angriff nehmen können. Erst wenn wir wissen, was uns an Rohstoffen ausgeführt werden wird, kann die Möglichkeit gegeben sein, unsere Industrie wieder aufzurichten und sie gleichzeitig in die sozialistische Produktionsweise einzufleiten.

Es dürfte selbstverständlich sein, daß bei einer Neu- behebung der Produktion nicht erst der Weg über die rein kapitalistische Produktionsform genommen wird, sondern nach Möglichkeit sozialistisches Wollen auch hierbei bestimmend beeinflusst. Ob man dabei, wie es Dr. Neurath in seinem Wirtschaftsplan und als kein annehmend begehrter Anhänger Kollege Geyer (Burgstädt) wollen, mit „Naturalwirtschaft“ auskommt, möchte ich allerdings bezweifeln. Der Wirtschaftsplan Dr. Neuraths, nach dem ja selbst eine selbständige Sozialisierung eines Teilschaftes wie Sachsen Isor und mühelos durchführbar sein soll, verpricht mehr, als er unter den gegebenen Verhältnissen halten kann. Er gleicht darin dem Programm des Professors Vallo-Atlantico, der dem deutlichen Arbeiter nach einer Übergangszeit von drei bis fünf Jahren eine „vaterländische Arbeitspflicht“ auferlegen will, in der dann alle Bedürfnisse des Volkes an Produkten usw. geschaffen sein sollen. Mit dem 23. Lebensjahre hat dann der Arbeiter eine dauernde Jahresbreite von 1000 Mk. und die Arbeiterin eine solche von 840 Mk., mit der ein jeder ohne Arbeit seinen Neigungen leben kann. (Siehe das Berliner U. S. P.-Organ „Freiheit“ vom 30. Januar 1919.)

Wer der Arbeiterschaft solche auf Zahlenpielerei ruhende Märchen erzählt, mag es verantworten, wenn er es kann. Unverantwortlich aber ist es, ihr solche Phantasien als realisierbar hinzustellen. Noch immer hat es sich gezeigt, wenn mehr verprochen wurde als gehalten werden konnte. Die Gewerkschaften besonders wissen, daß im Wirtschaftsleben ganz andere Faktoren maßgebend sind als billige Wünsche und hiteliche Verlangen. Es wird darum auch ihre Aufgabe sein, an ihrem Teile, der nicht unerheblich sein dürfte, den Durchbruch des Sozialismus in unserm Wirtschaftsleben zu fördern. Inwieweit dabei eine neue Taktik, neue Mittel und Wege zur Anwendung zu kommen haben, wird sich dann ergeben. Daß sich die Gewerkschaften sozialistisch betätigen müssen, steht außer Frage, da sie sich andernfalls selbst ausschalten würden zum Nachteil ihrer Mitglieder nicht nur, sondern der ganzen großen Sache. Die von der Nationalversammlung bisher geschaffenen Gesehe (Sozialisierungs-gesehe, Gesehe über Arbeiterräte und Arbeitskammern im Bergbau usw.) werden Brüststeine in dieser Hinsicht sein. Das Tempo der Sozialisierung kann beschleunigt werden, wenn die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit erkennt, daß ein wesentliches Mittel hierzu nicht der Kampf aller gegen alle ist, sondern daß nur gemeinsames Handeln und vor allem aber auch zielbewusstes Sichenthalten auf die durch die Umwälzung geschaffenen neuen Dinge den erhofften Erfolg bringen können. Und dieser ist nur darin zu erblicken, daß die Umgestaltung der Wirtschaftsordnung dem

Arbeiter die Herrschaft über die Arbeit, die Erzeugung der Produkte und ihre planmäßige Verteilung gibt. Dann wird die Arbeit der Menschheit zum Segen gereichen und ihr Aufstieg gesichert sein.

Dresden.

Vkl.

Korrespondenzen

Berlin. Am 30. März konnte Kollege Paul Marchschell, langjähriger Druckerhelfer der Nauchschen Buchdrucker, auf eine 50jährige Tätigkeit in unserm Berufe zurückblicken. Gelernt in der Buchdruckerlei Hans Erben in Potsdam, fand er schon frühzeitig den Weg zu unserer Organisation, der er bereits über 40 Jahre angehört. Wir wünschen dem Jubilar, daß er noch viele Jahre in Rüstigkeit und Frische seinem Berufe nachgeben kann!

yr. Bielefeld. Ihre am 18. Februar abgehaltene Generalversammlung hatte sich eines außerordentlich guten Besuchs zu erfreuen. Nachdem die Verfammlungen das Andenken des Kollegen Faber (Berlin) in üblicher Weise geehrt hatte und drei Aufnahme-gesuche vollzogen worden waren, verwies der Vorstehende auf die Verordnung des Reichsanfts für wirtschaftliche Demobilisierung vom 4. Januar über Entlassung, Entlassung und Entlohnung. Neben den zu wählenden Arbeiterausschüssen haben auch die Wahlen für unre Vertrauensleute zu erfolgen. Bei Wahl des Vorstandes wurde Kollege Köchener als erster Vorstehender und Kollege Holz, welcher aus dem Felde wieder zurückgekehrt ist, als Stellvertreter wiedergewählt, ebenso alle übrigen Funktionäre bis auf zwei Kollegen, welche eine Wiederwahl ablehnten. Der Jahresbericht des Vorstehenden lag gedruckt vor. In den vier Kriegsjahren wurden im Bezirk insgesamt herausgibt für Notlageunterstützungen 1000 Mk., für Kriegserfrauen 1179,95 Mk.; hierzu leistete die Hauptkasse einen Zuschuß von 8244 Mk. Leider haben 102 brave Kollegen auf blutiger Walfahrt ihr junges Leben lassen müssen, fünf gelten als vermisst. Die Gesamtaufwendungen in den Kriegsjahren aus der Ortsvereinskasse betragen für Kriegserfrauen und Feldpostsendungen 8591,90 Mk., Kriegerversicherung, Notlageunterstützungen usw. 803 Mk. Diese Zahlen zeigen zur Genüge, daß auch die Kollegen des Bezirkes und Orts Bielefeld ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan haben. Die Typographische Vereinigung hat ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Hierauf schloß der Vorstehende Köchener die Protestbewegung der Prinzipale im Bezirke gegen die letzte Steuererhöhung ab. Am 14. Januar habe hier eine Schiedsgerichtssitzung stattgefunden. Nach zweifelhaftem, schwerem Verstandeln erklärten die Prinzipalsbeiliger sich bereit, ihre Kollegen in einem Schriftstücke zur Zahlung der Steuererhöhung unter Protest und unter dem Vorbehalt einer endgültigen Regelung durch eine neue Tarifausschubstung auszufordern. Daraufhin haben mit wenigen Ausnahmen in kleineren Bezirksdruckerorten die Prinzipale die Erhöhung gezahlt. Kollege Köchener war in der Lage, den Verfammlungen die hauptsächlichsten Beschlüsse der erneuten Tarifausschubstung mitteilen zu können. Die Verfammlungen begrüßten es, daß es den Gehilfenvertretern gelungen war, den ungerechten Prinzipalsprotest zu brechen. Dem Kassierer Weeking wurde einstimmig Entlastung erteilt, und der Vorstehende stellte ihm den Dank ab für seine Tätigkeit in der Kriegszeit. Diejenigen Kollegen, welche zum 1. November an zurückgekommen sind, erhalten zur Anschaffung der Verbandsgelichte 1 Mk. aus der Ortskasse bewilligt.

w. Braunschweig. Ihre am 23. Februar abgehaltene Hauptbezirksversammlung wies wiederum einen sehr starken Besuch auf. Von auswärtigen Bezirksorten waren Sehmstedt, Schöningen und Wolfenbüttel vertreten. Vorstehender Neuker bewillkommte die neuerdings aus dem Seeresdienst entlassenen Kollegen. Die Verfammlungen ehrte das Andenken dreier Kriegssopfer, erledigte 14 Aufnahme-gesuche und nahm Kenntnis von dem erfolglosen Anschlusse der beiden Mitglieder Haunschild und Kolbe, die in der für Verbandsmitglieder gesperrten „Volksfreund“-Drucker-Kombiotion annehmen. Bei dieser Gelegenheit machte der Vorstehende auf die in Nr. 21 des „Korr.“ veröffentlichte Korrespondenz aus Dresden aufmerksam, in der ein Kollege in seiner dort eingebrachten und mit Recht abgelehnten Entschuldigung die jetzt im „Volksfreund“ arbeitenden und von uns ausgeschlossenen „Kollegen“ als „Nothelfer“ bezeichnet und von einer politischen Maßregelung spricht. Das direkte Gegenstück ist der Fall. Es sei hier nochmals betont, daß das bis zur Revolution dort arbeitende Personal am 9. November mit Gewalt an der Fortkündigung seiner Arbeit gehindert und ihm — als es sich am folgenden Tage nochmals geschlossen zur Verfügung stellte — erklärt wurde, auf seine weitere Mitarbeit würde verzichtet. Es wurde also auf die Strafe gesetzt. Wenn überhaupt von einer politischen Maßregelung gesprochen wird, so ist es das akt Personal, das politische Willkür zum Opfer fiel! Sodann erstattete der Vorstehende den Jahresbericht, der den Mitgliedern gedruckt ausgelegt wurde, und verlas anschließend die Beschlüsse der Tarifausschubstung bzw. des Buchdrucker-Rates. Die Verfammlungen nahm mit Befriedigung Kenntnis von dem Erreichten. Es folgte der Kassierenbericht vom vierten Quartal. Die Jahresabrechnung liegt den Mitgliedern gedruckt vor. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die teilweise sehr Anstellung eines Bezirkesverwalters. Hierzu führte unter langjähriger Kassierer Schümann aus, daß er familiärer Verhältnisse halber zu seinem Bedauern eine Wiederwahl ablehnen müsse. Er betonte, daß die heute vom Kassierer zu leistende Arbeit

unmöglich mehr einem Kollegen nebenamtlich zugewendet werden könne, und unterbreitete der Versammlung den Vorschlag des Vorstandes auf teilweise Einstellung eines Bezirksverwalters, die vorläufig als Provisorium auf ein Jahr gedacht sei. Die Versammlung überzeugte sich denn auch von der Notwendigkeit, stimmte dem Vorstandsvorschlag zu und wählte zum Verwalter unsern langjährigen ersten Vorsitzenden Wilhelm Neuker. Hierauf folgten die Wahlen zum Vorstand, in den bis auf zwei die gleichen Kollegen wie bisher gewählt wurden. Dem ausgeschiedenen Kollegen Schinemann, der dem Vorstande 22 Jahre, davon 12 Jahre als Kassierer, angehörte, widmete der Vorsitzende unter dem Befehle der Versammlung Worte der Anerkennung und des Dankes. Der Punkt „Kartellbericht“ wurde abgelehnt und der nächsten Versammlung überwiesen. Kollege Neuker unterbreitete nun den Anwesenden folgende mit den hiesigen Prinzipalen zu treffende Vereinbarungen: 1. Wird die Gehaltszahlung wider ihren Willen gezwungen, an sogenannten Generallöhnen teilzunehmen, zahlen die Prinzipale den vollen Lohn für die Dauer des Streiks. Die Gehältnen dagegen verpflichten sich, dort, wo es nötig und möglich ist, bis zu drei Stunden der verkauften Arbeitszeit freiwillig, weitere Stunden gegen eine Entschädigung von 50 Proz. des Gesamtlohnes nachzugeben. 2. Um der Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe zu steuern, wird die Arbeitszeit für die Städte Braunschwelg und Wolfenbüttel auf 40 Stunden pro Woche herabgesetzt. Auf je fünf Gehältnen wird ein Arbeitsloser eingestellt. 50 Proz. des ausfallenden Verdienstes trägt der Prinzipal. Für Kollegen mit größerer Familie zahlt auch die Erwerbslosenfürsorge einen entsprechenden Zuschuß. Nach ausgedehnter Aussprache wurden beide Vorschläge einstimmig angenommen; sie sollen mit der nächsten Woche in Kraft treten. — Nach Schluß der Bezirksversammlung folgte noch die Generalversammlung des Unterküßungsvereins. Jahresabschluss und Vorstandswahl waren die schnell erledigten Tagesordnungspunkte.

Erler. In ihre erste diesjährige Bezirksversammlung am 23. Februar hatte sich eines außerordentlich guten Besuchs zu erfreuen, über 90 Mitglieder waren erschienen. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Herrig erstreute uns die „Typographia“, die zu neuem Leben erwacht ist, durch den musterghälligen Vortrag der Guttenberg-Gymne. Kollege Herrig gab dann eine kurze Übersicht über das verfloßene Jahr. Kollege Fehle dankte namens der zum Kriegsdienst eingezogenen gewesenen Kollegen für die durch Ertrichter ermöglichte Fortdauer der Unterküßungen. Es folgte der ausführliche Kassierbericht des Kollegen Bink. Nach dem Berichte der Revisoren wurde diesem Entlassung erteilt. Der nächste Punkt betraf eine Beitragserhöhung. Die letzte Teuerungszulage hat hier selber noch keine Durchführung gefunden. Kollege Herrig berichtete über ihre Vorgeschichte wie auch über die Aussprache darüber in der Bezirksvorsitzberichterstattung in Ludwigshafen. Er sei für unsern Bezirk wie auch der Bezirk Saarbrücken beim Demobilisationskommissar vorkommig geworden, habe aber noch keine Antwort erhalten. Kollege Hermessdorf bemerkte hierzu, daß Saarbrücken schon am vorigen Montag Antwort vom Regierungspräsidenten bekommen habe, daß die Teuerungszulage zu zahlen sei, widrigenfalls gegen die Prinzipale Strafantrag gestellt werde. Nach hehr lebhafter Debatte wurde einstimmig beschlossen, spätestens bis zum nächsten Sonnabend bei den einzelnen Prinzipalen vorstellig zu werden und ganz entschieden auf der Zahlung der Teuerungszulage zu bestehen. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde an Stelle des bisherigen Vorsitzenden, der eine Wiederwahl ablehnte, Kollege Max Fehle durch Zufall einstimmig zum ersten Vorsitzenden gewählt. Wedergewählt wurde einstimmig Kassierer Nikolaus Bink. Die weiteren Wahlen mahlten bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden, da das Lokal anderweitig vergeben war. Kollege Fehle schloß die Versammlung mit Worten des Dankes an den bisherigen langjährigen Vorsitzenden Nikolaus Herrig.

-z. Weimar. Am 2. April geleitete die hiesige Kollegenchaft wieder einen ihrer Ältesten zu Grabe, die mit allen Fehlern des Herzens am Verbands hängen und sich in bösen und guten Tagen mit ihrer Berufsorganisation verwechseln ließen: den Kollegen Hermann Krüger aus Burgstädt l. S. Er war einer von jenen Verbandsmitgliedern, die es kläglich nehmen mit ihren Mächten gegen sich und andre, die selten oder nie bei einer kollektiven Veranstaltung fehlen, sei es in Versammlungen oder sonstwie. „Kritiker Friede“ war überall dabei, bis ins Älteste hinein. Und dabei hatte er als Erndtbräuer von jeher seinen Lebenslang mit Sorgen und Not viel schwerer zu kämpfen als manch einer, der weit weniger Verbandsinteresse an den Tag legt. Zahlreiche Kollegen, die im Laufe der Jahre in ihm-Althen konfliktionierten, werden sich des Verstorbenen gern erinnern, zumal dieser als früherer langjähriger Relektionsverwalter auch zu vielen Reisenden in Beziehungen trat; er sorgte für sie, wo er konnte. Fast ein Jahrzehnt hindurch verlor Kollege Krüger im Ortsvereine geteiltlich das Amt des Revisors. Die Not der schweren Zeit, die so viele vorzeitig ins Schattendreich zwang, hat auch von unserm „Kritiker Friede“ ihren Tribut gefordert. Ein braver, pflichtgetreuer Kollege ging mit ihm dahin. Möge dem wackeren Ältesten die Erde leicht sein!

Druckereibrand. Die lithographische Anstalt, Buchdrucker und Buchbinder der Firma Weilm & Göbb, W.-B. in Helsingfors (Finnland) wurde vor kurzem durch Feuer zerstört. Der Schaden beträgt mehr als eine Million finnische Mark.

Leipziger Buchhandel und Generallöhne. In einer Eingabe an das Arbeits- und Wirtschaftsministerium zu Dresden machte der Vorstand des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler auf die schädlichen Folgen des Generallöhns für den Leipziger Buchhandel aufmerksam und stellte die Frage, welche Maßnahmen die Regierung zu treffen gewillt ist, um eine Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse zu verhindern. Dieser Frage wurde eine ausführliche Darstellung über die Verhältnisse im Leipziger Buchhandel beigegeben und betont, daß mehr als 11000 Personen in demselben tätig und mehr als 12000 Firmen, auf 2500 Orte im Deutschen Reich, Österreich-Ungarn, der Schweiz und andern Staaten verteilt, in Leipzig vertreten sind. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß ein Interesse an Leipzig als buchhändlerlichem Kommissionsplatz und als Träger des Gelambuchhandels nur so lange besteht, als Leipzig in der Lage ist, in derselben zuverlässigen und pünktlichen Weise seine Obliegenheiten zu erfüllen wie anderen. Im andern Falle sei die Stellung Leipzigs als buchhändlerlicher Kommissionsplatz erledigt. Die Eingabe läßt auch keinen Zweifel darüber aufkommen, daß für viele Leipziger Verleger eine Notwendigkeit, ihren Betrieb gerade in Leipzig aufrecht zu erhalten, nicht vorhanden ist. Wenn auch dieser Stimmweis lediglich als eine Drohung aufzufassen ist, so ist doch unbedingt zu verlangen, daß nun endlich Ruhe und Ordnung eintritt, und daß der allmähliche Aufschwung, der für unser Gewerbe erfreulicherweise aus einigen Ständen berichtet wird, auch in Leipzig bemerkbar wird, damit die Arbeitslosigkeit auch hier in normale Bahnen geleitet werden kann.

Veratlungen über Sozialkammer der Presse in Bayern. Am 30. März veranmieteten sich in München auf Veranstaltung des Zentralwirtschaftsamtes Vertreter des Zeitungswesens und Schriftstellers sowie der kaufmännischen und technischen Angestellten des Zeitungsgewerbes, um die Frage der Sozialkammer der bayerischen Presse zu erörtern. Nachdem der Leiter des Zentralwirtschaftsamtes, Dr. Neuraith, die Notwendigkeit der Sozialkammer der bayerischen Presse dargelegt hatte, wurde ein Beschluß gefaßt, nach welchem es den Presseorganisationen zunächst überlassen werden soll, mit eigenen Reformvorschlügen hervorzutreten. Mit Recht bemerkt der „Vorwärts“ zu dieser Meldung, daß eine Sozialkammer der Presse nur möglich ist, wenn dabei gleichzeitig die Garantie völliger Pressefreiheit gegeben und die Möglichkeit für alle Richtungen gewahrt ist, mit ihrer Meinung an die Öffentlichkeit zu gelangen. Das Problem ist nicht unlosbar, dürfte jedoch zu den schwierigsten Fragen der Sozialkammer gehören.

Zum Streik der Hilfsarbeiter in Magdeburg. Nachdem die Forderungen der Ausländerinnen restlos anerkannt worden sind, ist die Arbeit am 31. März in vollem Umfang wieder aufgenommen worden. Nach einer Erklärung der Streikenden hat der Bewegung jeder politische Grund ferngelegen.

Generallöhne und kein Ende. Aus Stuttgart kommt die Nachricht, daß ein Generallöhne ausgebrochen ist. Durch Einbreitung der Arbeiter der Straßwerke in den Streik sind auch sämtliche Druckereibetriebe stillgelegt worden. — In Essen beschloß eine Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter des Ruhrgebietes, am 1. April in den Generallöhne einzutreten. Gefordert werden unter andern die sofortige Einführung der Sechsstundenarbeit für Untergarbeitel unter Beibehaltung des bisher für längere Schichtdauer gezahlten Lohnes und eine 25 prozentige Lohnerhöhung. Die Konferenz stellte sich ferner auf den Standpunkt, daß der alten Bergarbeiterorganisation sofort die Vertreter zu sperren sind; unter dem Namen „Allgemeine Bergarbeiterunion“ soll eine neue Organisation geschaffen werden, die sämtliche Bergarbeiter umfaßt.

Das Leipziger Gewerkschaftshartell in den Bahnen von König Slum. Die in Leipzig herrschende Unzufriedenheit gegen Andersdenkendes, die sich seit den Tagen der Freiheit zum angewandten Terrorismus ausgewachsen hat, ließ auch das Hartell zu einem „Ruhmesblatt“ gelangen. In einer Sitzung voriger Woche, zu der die Buchdruckerdelegierten wegen einer großen Verammlung nicht erscheinen konnten, hat man dem in die Nationalversammlung gewählten Arbeitersekretär Wittich bei schon gelichtem Besuch und trotz mehrfachen Verlangens nach Verlegung der Sache in seiner Abwesenheit die Kündigung ausgesprochen. Seit zwei Jahren ist man schon am Werke, die Arbeitersekretäre wegen ihrer politischen Gesinnung zu mahregeln. Im August 1917 gab Redakteur Liebmann von der „Leipziger Volkszeitung“ in einer erweiterten Kartellversammlung dazu die Parole aus, auch gegen die „regierungssozialistischen“ Gewerkschaftsbeamten. Die unabhängige Sozialdemokratie hatte aber nicht die Mehrheit, es traten sogar acht Organisationen aus, um ein neues Kartell zu gründen. Dazu kam es jedoch nicht, weil die Generalkommission eine sehr schwierig gewordenen Verständigung herbeiführte. Die ausgesprochenen Gewerkschaften traten nach und nach wieder bei. Seit kurzem ist nun das Gewerkschaftshartell fast nur noch aus Vertretern zusammengesetzt, die sich politisch zu den Unabhängigen zählen. Die Kettung ist vollständig unabhängig. So wurde schnell ein Beschluß gefaßt, daß zu Ämtern und Kommissionen nur unabhängige Delegierte gewählt werden können. Von dieser einen Vergewaltigung zu der andern, nun mit Wittich von Anfang an machen, war ein Schritt. Die Konjunktur an jenem Abend war günstig und die Begründung für diese Maßregelung deshalb auch brutal

offen. Im Namen der drei andern Sekretäre reichte unser Kollege Mntau darauf sofortlich die Kündigung aller ein, die ohne weiteres angenommen wurde. Man hatte so jedenfalls schon Ipehullert. Die vier Leipziger Arbeitersekretäre haben bis zu dreizehnjähriger Tätigkeit hinter sich, König Slum macht Freudenbrünge im Grabe über seine ablebenden Leipziger Schüler!

Gewerkschaftliche Kämpfe im besetzten Gebiete. Seit mehr als drei Wochen streiken die Textilarbeiter der Webereien und Spinnereien in Mülhausen l. El. Trotzdem sich die städtischen und staatlichen Behörden die größte Mühe gegeben haben, war es bisher nicht möglich, eine Einigung zwischen den streikenden Parteien herbeizuführen. Die Forderung des Achtstundentages seitens der Streikenden wird von den Fabrikanten damit beantwortet, daß sie den Arbeitern zumuten, zur zehntägigen Arbeitszeit zurückzukehren; in bezug auf die Lohnfrage wollen sie überhaupt keine Zugeständnisse machen. Das Mülhäuser Gewerkschaftshartell liberte den Streikenden die Unterstützung der gesamten dortigen organisierten Arbeiterschaft zu. Für den Fall, daß eine durch das Gewerkschaftshartell angestrebte Vermittlung seitens der Unternehmer abgelehnt werden sollte, ist der Generallöhne aller organisierten Arbeiter in Aussicht genommen worden. Man schätzt die Zahl der in Betracht kommenden Personen auf 25000. Von der bürgerlichen Presse werden die Fabrikanten beschworen, das Unglück des Generallöhns von der Stadt Mülhausen abzuwenden durch Nachgeben hinsichtlich der Forderungen der Arbeiterschaft, denn es sei nicht ausgeschlossen, daß der Generallöhne revolutionären Charakter annehme. Bezeichnenderweise wird das französische Militär nicht mehr als zuverlässig betrachtet.

Internationales Arbeiterrecht. Die Kommission für internationale Arbeitererhebung hat ihren Bericht fertiggestellt und Klauseln aufgestellt, welche zur Aufnahme in den Friedensvertrag vorge schlagen werden. Danach soll als oberster Grundsat in Zukunft gelten, daß die menschliche Arbeit nicht als Sklaverei oder als Handelsartikel anzusehen ist. Vorge schlagen wird ferner eine Bestimmung, nach welcher unter 14 Jahren niemand im Handel oder in der Industrie tätig sein darf; zwischen 14 und 18 Jahren sollen Personen beiderlei Geschlechts nicht für Arbeit, die ihrer physischen Entwicklung schädlich ist, und unter Bedingungen, welche die Fortbildung ihrer praktischen oder allgemeinen Ausbildung hemmen, verwendet werden. Ein Anrecht auf angemessenen Lohn ist jedem zu ermöglichen. Ferner wird gleicher Lohn für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit sowie ein wöchentliches Rubetage für alle Arbeiter gefordert.

Die Reichsregierung für den internationalen Achtstundentag. Der Reichsarbeitsminister Bauer erklärte auf die Anfrage eines Mitgliedes der Nationalversammlung, daß die Reichsregierung bereit ist, bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen auf eine internationale Vereinbarung über die Einführung der regelmäßigen achtstündigen Arbeitszeit für die Arbeiter in industriellen Betrieben hinzuwirken. Es ist dringend zu wünschen, daß diese Bereitwilligkeit unserer Regierung von den übrigen Regierungen volles Verständnis entgegengebracht wird, daß der Versuch, den Achtstundentag international zu verankern, von vollem Erfolge gekrönt sein möge; denn nur auf diese Weise wird der achtstündige Arbeitstag von wirklichem Wert und die Industrie in unserm dankverdienenden verarmten Deutschland einträglich konkurrenzfähig zu bleiben in der Lage sein.

Sekretäre gesucht. Das Arbeitersekretariat Barmen-Elberfeld sucht zum sofortigen Eintritt einen erfahrenen Arbeitersekretär. Respektiert wird nur auf eine erste Kraft. Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit sind unter der Aufschrift „Arbeitersekretär“ bis zum 5. April an das Gewerkschaftssekretariat Barmen, Allee 237, zu richten. — Ferner wird für das Gewerkschaftshartell in Ronsdorf zum baldigen Eintritt, möglichst bis zum 1. Mai d. J., ein Kartellsekretär verlangt. Der Anzustellende soll eine tüchtige Kraft sein, die über rednerische Begabung und Kenntnis in der sozialpolitischen Gesetzgebung verfügt. Die Anstellung erfolgt nach den Bedingungen des Vereines Arbeiterpresse mit britischem Teuerungszulagen. In diesem Falle sind die Bewerbungen bis zum 4. April an den Kartellvorsitzenden Walter Paul in Ronsdorf (Rheinpr.), Breite Straße 31, zu senden.

Karl Karmisch †. Am 30. März starb in Leipzig an den Folgen einer langen hartnäckigen Krankheit der Vorsitzende des Arbeiterturnerbundes, Karl Karmisch. Geboren am 20. Februar 1871 in Gera, von Beruf ein Weber, hat der Verstorbene seit dem 1. Juni 1899 die Geschäfte des Arbeiterturnerbundes bis zur letzten Stunde in treuer Pflichterfüllung geführt und sich um die Sache der Arbeiterturnerbewegung große Verdienste erworben.

Die Volkshochschule für Stuttgart. In einer Versammlung, die vom Württembergischen Verein zur Förderung der Volkshochbildung einberufen worden war und an welcher sich Vertreter aus Industrie und Handel, Regierung und Stadtverwaltung, Lehrerschaft, Volkshochbildungsarbeit, Berufsorganisationen sowie aus allen politischen Parteien beteiligten, wurde beschloßen, einen Ausschuß zu bilden, der mit der baldmöglichsten Errichtung einer Volkshochschule in Stuttgart betraut wird. Die Bereitwilligkeit zur persönlichen tatkräftigen Mitarbeit hat sich erfreulicherweise in großem Umfang gezeigt.

Briefkasten

20. 7. in E. Eingang wird dankend bestätigt. Kostentlich wird nunmehr mit allem Nachdruck auf die Veröffentlichung dieses wichtigen „Folienblattes“ hingewiesen. — 21. 7. in S. — Dankend erhalten. — 22. 7. in S. — Vielen Dank! Wird gelegentlich Verwendung finden. — 23. 7. in E. — Adressenveränderung war in Nr. 27

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Buchdrucker im Gerichtsdiensle. Kollege Albert Spotheller in Jahr l. B. wurde für das laufende Jahr als Schöffe ausgelost.

